

## 700 Menschen in Berlin: Protest für Demokratie und Freiheit in der Türkei

In Berlin demonstrierten am 14. April 2025 rund 700 Menschen für Demokratie in der Türkei, ausgelöst durch die Festnahme des Istanbuler Bürgermeisters.



**Rotes Rathaus, Berlin, Deutschland** - Am 14. April 2025 versammelten sich etwa 700 Menschen vor dem Roten Rathaus in Berlin zu einer Demonstration unter dem Motto „Berliner Plattform für Demokratie in der Türkei“. Laut **Deutschlandfunk** äußerten die Protestierenden ihre Solidarität mit dem inhaftierten Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoglu und forderten Gerechtigkeit sowie Demokratie. Die Generalsekretärin der CHP, Dogan, betonte die Bedeutung dieser Werte für die Menschen in der Türkei.

Imamoglu, der als größter innenpolitischer Rivale von Präsident Erdoğan gilt, wurde am 19. März festgenommen. Ein Gericht hatte Untersuchungshaft wegen Korruptionsvorwürfen

angeordnet. Seine Festnahme führte nicht nur zu Protesten in Berlin, sondern auch zu massiven Demonstrationen in der gesamten Türkei. Diese Ereignisse sind Teil eines größeren Protestzyklus, der am Wochenende nach seiner Festnahme begann und das ganze Land in Aufruhr versetzt hat.

## **Proteste in der Türkei**

In der Türkei selbst kam es zu Massenprotesten, die eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung erhielten. Zehntausende Bürgerinnen und Bürger demonstrierten in Istanbul, vor allem im Stadtteil Maltepe, wohin die sozialdemokratische Oppositionspartei CHP zur Großkundgebung aufgerufen hatte. Laut **DW** waren über zwei Millionen Menschen an den Protesten beteiligt. Dilek Imamoglu, die Ehefrau des inhaftierten Bürgermeisters, sprach auf einer dieser Kundgebungen und forderte die Freilassung ihres Mannes.

Die Protestierenden, die aus unterschiedlichen sozialen Schichten wie Studenten, Rentner, Arbeiter und Lehrer bestehen, zeigen eine bemerkenswerte Einigkeit. Die derzeitige Wirtschaftskrise in der Türkei, die durch eine hohe Inflation von 42% im Januar und steigende Mieten gekennzeichnet ist, ist ein Hauptanliegen der Demonstranten. Ein älterer Teilnehmer verweist auf den „leeren Kochtopf“ als Zeichen für die Notlage vieler Bürger. Präsident Erdoğan hingegen bezeichnete die Protestierenden als „marginale Gruppen“, was die Spannungen zwischen der Regierung und der Bevölkerung weiter verstärkt.

## **Politische Dimension und Reaktionen**

Die aktuelle Lage in der Türkei wird von verschiedenen politischen Akteuren unterschiedlich bewertet. Der SPD-Abgeordnete Macit Karaahmetoglu bezeichnete die Vorwürfe gegen Imamoglu als politisch motiviert und absurd. Er erwartet, dass Erdoğan gegen Imamoglu vorgehen wird, da dieser zunehmend als mächtiger Rivale wahrgenommen wird. Laut **Deutschlandfunk** sieht der außenpolitische Sprecher der SPD-

Fraktion die Situation als schweren Rückschlag für die Demokratie in der Türkei.

Die andauernden Proteste könnten das Jahr 2025 zu einem geschichtsträchtigen Jahr für die Türkei machen, etwa 22 Jahre nach dem Amtsantritt von Erdoğan. Die Teilnahme breiter Bevölkerungsschichten und die Forderungen nach Freiheit sowie der Rückkehr zur Demokratie deuten auf eine tief greifende Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen Situation hin. Die politische Verhaftung von Imamoglu und die damit verbundenen Proteste stellen nicht nur eine Herausforderung für die Regierung dar, sondern könnten auch die zukünftige Entwicklung der türkischen Politik entscheidend beeinflussen.

Details	
<b>Ort</b>	Rotes Rathaus, Berlin, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.deutschlandfunk.de">www.deutschlandfunk.de</a></li><li>• <a href="http://www.dw.com">www.dw.com</a></li><li>• <a href="http://www.deutschlandfunk.de">www.deutschlandfunk.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**